

# Dresdener Nachrichten

Begründet 1856

Druckverlag: Nachrichten Dresden.  
Gesamterwerbungsnummer 25 241  
Nur für Nachgelieferter: 20011.

Bezugs-Gebühr in Dresden und Vororten bei täglich zweimaliger Zustellung oder durch die Post bei täglich zweimaligem Versand monatlich 30. M., vierteljährlich 90. M.  
Die 1. Spalte 33 mm breite 7. - 8. M., außerhalb des 8. - 9. M. Familienanzeigen, Anzeigen unter Stellen- und Wohnungsanzeigen, 1. und 2. Spalte die 3. - 4. M. Vorzugspolizeien laut Tarif, Zusätzliche Beiträge gegen Vorauszahlung, Gesamtsumme 1,50 M., Gesamtsumme 2. - 3. M.

Schriftleitung und Hauptverlag: Nachrichten Dresden.  
Marianenstr. 38/40.  
Druck u. Verlag von Neppich & Neppich in Dresden.  
Postfach-Nr. 1068 Dresden.

Nachdruck nur mit deutlicher Quellenangabe („Dresdener Nachr.“) zulässig. - Unentgeltliche Schriftstücke werden nicht aufbewahrt.

**Konditorei Limberg**  
Prager Straße 10  
Eis - Eisgetränke

**Kakao**  
**Deutschschmeister**  
wirklich hervorragende Qualität  
Petzold & Aulhorn A.-G., Dresden

**Muster-Ausstellung**  
für sanitäre Einrichtungs-Gegenstände  
F. Hermann Beeg, Dresden-A., Falkenstraße 26  
Fernsprecher: 1831 und 2041

## Nur eine Anleihe von 1 Milliarde Dollar.

### Aufgabe des Planes einer großen Liquidationsanleihe.

(Eigener Drahtbericht der „Dresdener Nachrichten“)  
Paris, 8. Juni. Der diplomatische Mitarbeiter des Cablotgramme meldet über das Ergebnis der heutigen Sitzung des Bankierkomitees: Das Komitee ist nachmittags in derselben Atmosphäre freudigen Optimismus zusammengetreten und hat sich abends auf morgen nachmittags vertagt.

Es veranlaßt zuverlässig, daß der Plan einer großen Liquidationsanleihe von nun an ausgearbeitet ist. Es steht nur noch der Plan einer kleinen Anleihe von 1 Milliarde Dollar zur Diskussion. Die Bankiers versuchen, ihre Forderungen mit denen der französischen Regierung in Übereinstimmung zu bringen. Es ist hier eine Grundlage für eine Transaktion vorhanden. Es ist möglich, daß von beiderseits wie auch von englischer Seite Konzessionen gemacht werden. Trotz dieser Anstrengungen bleibt man pessimistisch in den offiziellen französischen Kreisen in Bezug auf den Gesamtverlauf. Hinsichtlich der Stellungnahme Englands glaubt man in offiziellen englischen Kreisen, daß die Engländer immer noch versuchen, den Franzosen klar zu legen, daß der Gesamtvertrag ihrer Forderungen an Deutschland unberührt bleibe, da es sich nur darum handle, die Annuitäten zu vermindern, und zwar aus praktischen Gründen, d. h. Deutschland müsse ein großzügiges Moratorium erhalten.

Dieser Standpunkt werde von französischer Seite bekämpft. Man habe von der Bankierkonferenz nur einen schlichten Rat zu erbitten und könne infolgedessen keine Unzulänglichkeiten darin sehen, wenn die Bankiere ausnahmsweise, nachdem sie eine Art finanzieller „acht Gebote“ angedeutet hätten. Es wird hier jedenfalls bedauert, daß Morgan es nicht für nötig befunden hat, mit den offiziellen Stellen Frankreichs engeren Kontakt zu nehmen. Diese Haltung erfordert wahrscheinlich die Haltung Poincarés, das amerikanische Bankiers die näheren Akten in der Reparationsfrage anzusehen zu lassen. Morgan hielt das Studium dieses Materials für unerlässlich und hat durchblicken lassen, daß man den Erfolg der Verhandlungen erschwere, wenn man ihm hierzu nicht das Recht gebe.

### Amerikas Haltung zu den interalliierten Schulden.

(Eigener Drahtbericht der „Dresdener Nachrichten“)  
Paris, 8. Juni. Man ist in französischen offiziellen Kreisen der Meinung, daß Amerika im Augenblick nicht geneigt sei, die Frage der interalliierten Schulden aufzugreifen. Man sehe in Amerika einer Regelung der französischen Schulden prinzipiell nicht abgeneigt gegenüber, jedoch wolle man, so wird wenigstens in hiesigen offiziellen Kreisen behauptet, von einer Regelung der englischen Schulden gegenüber Amerika unter Ausschussung der Reparationsfrage nichts wissen. Dies erschwere die Frage ganz außerordentlich, da eine Reihe der englischen Schulden mit den französischen unentrenbar verknüpft seien und an eine Scheidung der Verpflichtungen im Augenblick nicht gedacht werden könne.

Die Entscheidung über die Dattuna Belastung dauert an. Der Pariser Berichterstatter des „Temps“ erklärt, daß man in belgischen offiziellen Kreisen der Meinung sei, daß die Reparationskommission und die alliierten Regierungen erst noch in der Lage sein würden, endgültig zu den Empfehlungen der Bankierkonferenz Stellung zu nehmen. Man verhehle sich in offiziellen belgischen Kreisen

nicht die große Gefahr, die darin bestehe, daß man verantwortungslos Sachverständige ermächtigt, evtl. eine Reduzierung der deutschen Schulden zu empfehlen.

### Eine Erklärung des amerikanischen Vertreters Bonden

Paris, 8. Juni. Nach einer Meldung des „New York Herald“ hat in der gestrigen Sitzung der Reparationskommission, in der die Antwort an den internationalen Anleiheauschuss beschlossen wurde, der nichtstimmende amerikanische Vertreter Bonden sich an der Diskussion beteiligt, indem er eine kurze Erklärung des Inhalts abgab, daß das amerikanische Publikum es ungern sehen würde, wenn der Anleiheauschuss bei der Unterbindung der Reparationsfrage, wie er sie für nötig hält, in irgendeiner Weise beistünde. Diese Erklärung scheint auf alle Kommissionsmitglieder Eindruck gemacht zu haben. (B. Z. B.)

### Frankreich patriotisch, aber nicht geschäftsklug.

London, 8. Juni. Der Pariser Berichterstatter der „Times“ schreibt: Zum ersten Male sei in der Reparationskommission in einer wirklich wichtigen Frage ein Mehrheitsbeschluss gefasst worden. Die Stellung Belgiens sei äußerst heikel gewesen. Man hoffe, daß die Bankiers zu einem Kompromiß kommen und daß die Gesamtschuld Deutschlands nicht ausgemacht werde. Dagegen solle die Bezahlung während eines Zeitraumes von 20 Jahren suspendiert werden. Wenn dieses Mittel angewandt werde, so sei es wahrscheinlich, daß Frankreich keine weiteren Einwendungen machen werde.

Der Pariser Berichterstatter der „Morning Post“ schreibt: Der gegen die Franzosen angenommene Beschluss der Reparationskommission habe in Paris Ueberraschung, sogar Bestürzung hervorgerufen. Dieser Beschluss bilde einen weiteren Schritt auf dem Wege zur Abschaffung der französischen Forderungen. „Daily Chronicle“ aber in einem Leitartikel scharfe Kritik an der Haltung der französischen Regierung gegenüber dem Pariser Ausschuss. Es sei unverständlich, daß die Franzosen einen unerfüllbaren Reparationsvertrag mit den Reparationsmitgliedern vorzögen. Die Haltung der Franzosen sei vielleicht patriotisch, aber jedenfalls nicht geschäftsklug. Wenn das so weiter gehe, könne die deutsche Anleihe nicht verpflichtet werden, und Deutschland werde nicht in der Lage sein, die Verpflichtung, den Notenumlauf einzubringen, zu erfüllen. (B. Z. B.)

### Der eingeleitete englisch-französische Pakt.

London, 8. Juni. Wie das Meuter-Bureau erzählt, ist von britischer Seite keinerlei Initiative zur Wiedereröffnung der Verhandlungen wegen Abschlusses eines englisch-französischen Paktes ergangen worden. Es sei schon als ausgemacht angenommen worden, daß der Absicht des Paktes möglicherweise einer Regelung verschiedener mit Frankreich noch ungelöster Fragen folgen müsse. (B. Z. B.)

### Poincaré über Sachlieferungen und Sanktionen.

Paris, 8. Juni. Im Senatsauschuss für auswärtige Angelegenheiten sprach Poincaré die Hoffnung aus, daß die Verhandlungen betreffend die internationale Anleihe fortgesetzt würden. Bis zur Möglichkeit der Zahlung in Gold müsse Frankreich sich an Sachlieferungen gewöhnen. Ueber die Sanktionen erklärte der Ministerpräsident: In welcher Art man auch Sanktionen in Anwendung bringe oder nicht anwenden wolle, alle Maßnahmen seien jetzt offen worden, um Sanktionen verschiedener Art an dem Tage ergreifen zu können, an dem die Reparationskommission eine Verletzung Deutschlands feststelle.

### Ein neues Verbot der Interalliierten Militärkontrollkommission.

#### Die „gefährlichen Zivilhilfskräfte“.

(Drahtmeldung unter Berliner Schriftleitung.)  
Berlin, 8. Juni. Nach Mitteilungen von unterrichteter Seite soll die Interalliierte Militärkontrollkommission verboten haben, daß im Zivilverwaltungsdienst des Reiches Zivilhilfskräfte verwendet werden, die selbstverständlich fähig sind. Sie soll die Forderung gestellt haben, daß alle Zivilhilfskräfte, soweit sie nicht kriegsunbrauchbar oder stark kriegsbeschädigt sind, sofort zu entlassen sind.

### Französische Gewalttätigkeit gegen deutsche Offiziere.

Mainz, 8. Juni. Vor dem Kriegsgericht der Rheinarmee hatten sich hier 17 ehemalige aktive deutsche Offiziere, sämtlich in Wiesbaden wohnhaft, zu verantworten, weil sie als Mitglieder der Ortsgruppe Wiesbaden des früheren Offiziersbundes, entgegen einer Verordnung der Interalliierten Rheinlandskommission, im belgischen deutschen Gebiet einer Organisation angehört haben sollen, die mittelbar oder unmittelbar mit dem deutschen Kriegsministerium oder anderen militärischen Dienststellen in Verbindung stehe. Das Gericht verurteilte nach fünfständiger Verhandlung den Major Georg Jürgens als verantwortlichen Leiter zu 3 Monaten Gefängnis und 5000 M. Geldstrafe, den Oberleutnant Heinrich Graf zu 4 Monaten Gefängnis und 5000 M. Geldstrafe, ferner den Hauptmann Heinrich Otto und den Oberleutnant Heinrich Humann zu je 1 Monat Gefängnis und 2000 M. Geldstrafe. Die übrigen Angeklagten erhielten je 2000 M. Geldstrafe. (B. Z. B.)

### Der Hindenburg-Besuch in Königsberg eine politische Veranstaltung!

Teilnahmeverbot für Reichswehrangehörige. - Uniformverbot für ehemalige Offiziere.

Königsberg, 8. Juni. Im Anschluß an eine Reise durch das Hauptquartier im Süden von Dänemark, die unter Generalteilnahme der Bevölkerung verlaufen ist, hält sich Generalleutnant v. Hindenburg am kommenden Sonntag, Abend und Sonntag in Königsberg auf. Bei dieser Gelegenheit sind von Vereinen und Verbänden eine Reihe von Vereinstreffen geplant. Das Wehrkreiskommando von Königsberg gibt aus diesem Anlaß bekannt, daß nach Erlaß des Reichswehrministeriums vom 7. Juni alle Veranlassungen zu Ehren Hindenburgs am 10. und 11. Juni in Königsberg von den zuständigen Behörden der Reichs- und preussischen Staatsbehörden als politisch im Sinne des Wehrgesetzes erklärt werden sind. Sämtlichen Mitgliedern der Reichswehr wird die Teilnahme an diesen Vereinstreffen daher verboten. Ehemalige Angehörige der bewaffneten Armee dürfen zu den Veranstaltungen nicht in Uniform erscheinen.

Ein beachtenswertes Beispiel, wie die sogenannte deutsche Volksregierung Deutschlands großen Vorkämpfer dankt.

### Die Uebergabe Oberschlesiens.

Paris, 8. Juni. „Leit. Journ.“ glaubt mitteilen zu können: Wegen dem 11. Juni würde der Interalliierten Kommission in Oberschlesien mitgeteilt werden, daß die Verwaltung der Abtretungsgebiete an Deutschland und Polen übergeben werden soll. Infolgedessen werde binnen Monatsfrist, vom 11. Juni ab, die Zurückziehung der verbündeten Truppen aus Oberschlesien vorgenommen werden.

### Der Anschlag auf Scheidemann.

Es ist, als ob das deutsche Volk auch innerpolitisch nicht zur Ruhe kommen sollte. Doch geben die Wellen der Erregung und Entrüstung über den Anschlag gegen den Kasseler Oberbürgermeister, den irgendein in verbrecherischer Rücksichtslosigkeit besangener Gigant, ein Verführer vielleicht, ein von persönlicher Rachsucht angeleiteter Vandal — wer weiß das alles bis zur Stunde? — begangen hat. Und wenn sich diese Erregung nur gegen die Tat und den Täter richtete, so dürfte sich jeder mit Recht darüber freuen, daß im deutschen Volke so viel Achtung vor der Unantastbarkeit des Menschenlebens, so viel sittliche Ehrlichkeit steht, die einen Akt seiner Bosheit mit einstimmiger Empörung ablehnt und brandmarkt. Denn das ist das Attentat auf Scheidemann nun einmal gewesen, ein feiger, aus dem Hinterhalt begangener Angriff mit einer feigen, abscheulichen Waffe, die in der Kriminalgeschichte so leicht nicht ihresgleichen findet. An einer Wagnisaktion tritt der Attentäter von hinten an den ahnungslosen Spaziergänger heran und spritzt ihm, als er sich umdreht, flüssiges Gift ins Gesicht, um dann in langen Sägen davonzutreten. Kann man sich einen heimtückischeren Mordversuch denken? Wohl kaum. Eine solche Tat, gleichviel von wem und an wem sie begangen wurde, muß auf das Schärfste verurteilt werden. Denn jede Verschönerung und Entschuldigung würde nur zu weiterer Verwirrung und Verwilderung unserer Volksmoral beitragen und würde letzten Endes der Auflösung aller Sicherheit und aller Sitten Vorschub leisten. Aber je schonungsloser man unter diesen Gesichtspunkten die Tat verurteilt, desto bestimmter darf auch verlangt werden, daß sie nicht ohne allen Anlaß und ohne alle Anhaltspunkte von interessierten Kreisen zu einem politischen Agitationsmittel umgewandelt und zu einem politischen Mordversuch gestempelt wird. Solange keine eindeutigen Feststellungen unterliegen für die Behauptung des politischen Attentats erbracht haben, solange überhaupt nicht einmal die Person des Täters, geschweige denn seine Motive einwandfrei festgestellt sind, ist das Verbrechen, die Tat zuzunehmen eines Volksteils und einer bestimmten Partei auf das politische Gebiet hinüberzuziehen, ebenso feige und verächtlich, wie der Anschlag selbst. Die Giftspitze, die sich bei übertragenem Sinne durch einzelnen richtete, wird hier in übertragenem Sinne durch die heberische Gewissenlosigkeit inkontinentaler Agitatoren gegen Volksteile gefehrt, die eines anderen politischen Glaubens, aber mit derselben Ruhe und Ahnungslosigkeit wie der Oberbürgermeister Scheidemann auf dem Wege nach Wilhelmshöhe, ihre Strafe dahinjahren. Unerwartet an einer Begegnung werden sie auf einmal von einer Klaffen der, drohenden Meute angegriffen und mit der überrollenden Tatsache bekannt gemacht, daß sie schuld seien an der Untat irgendeines Verirrten, daß sie diese Tat von langer Hand vorbereitet hätten, daß einer der ihren sie ausführte, und daß das ganze Verbrechen um so schwerer ins Gewicht fiel, weil es sich „gegen die Republik“ richtete. In dieser und ähnlicher Tonart füllen Dunderer von sozialistischen Blättern und Blättchen augenblicklich ihre Spalten.

Wäre die gesamte Situation und der Kern, der in diesen Verdächtigungen steckt, nicht zu ernst, man müßte laut auf-lachen. Die Leute, denen das Wohl ihres Landes am Herzen liegt, für die Vaterlandsliebe und treues Festhalten an historischem Fortkommen trotz aller Anpöbelungen noch immer kein leerer Schall geworden sind, sollen dem Attentäter von Wilhelmshöhe gewissermaßen die Giftspitze in die Hand gedrückt haben? Gerade diejenigen, deren Zehn-sucht nach einem straff disziplinierten Staatswesen geht, in dem Ordnung und Sicherheit herrschen, sollen der Erreichung dieses ihres Zieles selbst Abbruch getan haben, indem sie zu einer Tat anstifteten, die Unruhe und Erregung mit sich bringen mußte, die Verwirrung und Unordnung schaffen mußte? Eine solche Einschätzung ist so widersinnlich und so oberflächlich, daß sie selbst der schlichte Mann aus dem Volke bei einiger Ueberlegung nicht mitmachen wird. Und warum sollen gerade die deutsch und deutschnational empfindenden Bevölkerungskreise und ihre Parteien das Attentat auf dem Gewissen haben? Weil sie antirepublikanisch gesinnt sind und angeblich die Republik hassen wollen? Und wenn diese törichte Unterschlebung von staatsbürgerlichen Absichten der Deutschnationalen zu Recht bestünde, ist denn Scheidemann die Republik? Steht er nicht seit langem ab-seits der großen Politik, ohne alle Aussicht, dahin in abseh-barer Zeit zurückzukehren? Gewiß, er war einmal seltener Staatssekretär und brachte es fertig, trotzdem den Staatsreich im November 1918 zu fördern; er war auch einmal Kanzler und sprach am 12. Mai 1919 von jener be-rühmten Hand, die verdorren müßte, wenn sie das Reich-wohl von Versailles unterstreibe. Aber das sind doch alles keine Anlässe, die einen leichtlich besonnenen Menschen dazu treiben könnten, gegen diesen Mann, nachdem er in der We-dungslosigkeit der dreien Menge untergetaucht ist, die Giftspitze zu zücken in der Hoffnung, daß damit der Sturz der Republik gefördert würde. Wenn Scheidemann das unglückliche Opfer des freventlichen Anschlages geworden wäre, dann würde sich durch dieses Verbrechen auch nicht

# Der zweite Tag im Erzberger-Mordprozess.

(Eigener Drahtbericht der „Dresdn. Nachrichten“.)

Offenburg, 8. Juni. Der zweite Sitzungstag im Erzberger-Mordprozess begann mit der ausführlichen gütlichen Verhandlung des Gerichtsmediziners Dr. Popp aus Frankfurt a. M., der vor allem das am Tatorte aufgefundenen Blut untersucht hatte.

Dann begann die Vernehmung einer ganzen Reihe von Zeugen, die sich am 20. August 1921 im Gebiet des Anleites aufgehalten haben. Eisenbahninspektor Jung aus Ludwigshafen kam mit seinem Sohn am 20. August nach Oppau und wohnte im Ortchen. Abends sah er mit zwei jungen Herren beim Abendessen. Es war das Gerücht verbreitet, daß Reichspräsident Ebert ermordet worden sei. Am anderen Tage wurde erklärt, daß es sich um ein falsches Gerücht handelte. Als Jung morgens zum Frühstück die Zeitungen las, erzählte ihm das Personal, daß die beiden jungen Herren, wie sie es jeden Tag getan hätten, auch heute schon sehr früh weggegangen waren. Jung unternahm dann den von ihm geplanten Ausflug über den Anleite nach Freudenstadt. Es war um 1/2 Uhr, als er das Gasthaus „Zukunft“ verließ, wo er zu Mittag geessen hatte. Er ging nicht die Straße entlang, sondern bog sich etwa 400 Meter hinter dem Gasthaus auf einen Waldweg. Dort begegnete ihm die beiden jungen Herren wieder. Sie sagten, sie seien von Malisch heraufgekommen. Es wurde dann an Hand der Schwarzwaldkarten, die Jung bei sich hatte, der kürzeste Weg nach Oppau besprochen. Die beiden jungen Leute erklärten, ihre Ferien seien vorüber, sie wollten aber noch an den Bodensee gehen. Der Zeuge hatte im Gasthaus „Zukunft“ schon gehört, daß Erzberger ermordet worden sei. Die Nachricht war dort in telephonischer Sprache verbreitet worden. Er glaubte sie aber nicht, weil sich das Gerücht von der Ermordung Eberts auch als unmaßbar herausgestellt hatte, und sprach deshalb mit den beiden jungen Leuten nicht darüber.

Mehrere Zeugen aus Oppau erzählten dann, daß gegen die vier Nachmittagsstunden zwei junge Leute durch den Ort gekommen seien die aufgeregter und verstört waren und sich ständig umhören, als hätten sie sich verfolgt. — Gegen 12 Uhr mittags trat die Mittagspause ein.

In der Nachmittagsstunde hielt der Vorsitzende dem Angeklagten vor, daß in seiner Wohnung ungenutzte Gegenstände derselben Art, mit denselben Ziffern und Zeichen gefunden wurden, wie sie bei der Ermordung Erzbergers verwendet worden waren. Landgerichtsdirektor Gähler aus Offenburg gibt einen Bericht über die von ihm geführte Voruntersuchung. Es wurden sobann einige

Zeugen vernommen, die die Täter schon in Griesbach gesehen haben wollen. Man hörte dann noch eine Reihe von Zeugen, um die Frage zu klären, wo die beiden, Schulz und Tessen, sich im August aufgehalten haben. Sehr interessante Bemerkungen macht dann der Kriminaloberkommissar Schumacher aus Karlsruhe über das Ergebnis der Nachforschungen über den Aufenthalt der Erzberger-Mörder in Budapest. Es wird festgestellt, daß die beiden einige Wochen im November und Dezember 1921 in Budapest weilten und in erklaffigen Quartieren unter falschem Namen wohnten. Beide besaßen Waffen, darunter einen 8-Millimeter-Revolver und lauffähige Pistolen. Es wurde festgestellt, daß ihre Bekanntschaft durch die Budapest-Presse verbreitet wurde, weil viele sich an die alten Pässe hielten und die betreffenden daher nicht weiter befragt.

Am Freitag findet ein Lokaltersmin am Tatorte statt. Dortin geben sich der ganze Gerichtshof und alle Geschworenen.

## Sanitätsrat Pillingen geflohen.

München, 8. Juni. Die „Münch. Post“ erfährt, daß Sanitätsrat Dr. Pillingen seiner Aburteilung durch das Reichsgericht wegen der Vertilgung einer geheimen Organstation durch die Luft entzogen.

## Strafantrag gegen die nationalsozialistische Arbeiterpartei in München.

München, 8. Juni. Nach einer Weidung des „Vorwärts“ hat der demokratische Reichsbund Bayerns gegen die nationalsozialistische Arbeiterpartei, die neuerdings zur Verhinderung der Reichspräsidentenwahl die Störung der Reichspräsidentenwahl aufzuforderte, Strafantrag bei der Staatsanwaltschaft wegen Verhinderung eines Beamten zur Verhinderung seiner Amtstätigkeit gestellt.

## Auf der Suche nach dem Kasseler Attentäter.

Kassel, 8. Juni. Auf der Suche nach dem Attentäter auf Scheidemann hat in Kassel eine iörmliche Jagd nach allen Trägern von Hornbrillen begonnen, da der Gesuchte eine Hornbrille getragen haben soll. Ein junger Mann, der sich heute in einer Wirtschaft durch Redensarten über das Attentat auffällig bemerkbar gemacht hatte, wurde in Haft genommen und auch in Haft gehalten. Die Vernehmung des Attentäters soll auf ihn passen. Die Staatsanwaltschaft lehnt vorläufig jede Mitteilung ab. Soviel man hört, handelt es sich um einen Angehörigen einer linksstehenden Partei.

## Ein Gulachen des Reichswirtschaftsrats zur Zwangsanleihe.

(Eigener Drahtbericht der „Dresdn. Nachrichten“.)

Berlin, 8. Juni. Der Geleitenswurf über die Zwangsanleihe ist, wie wir bereits vor einigen Tagen meldeten, dem Reichstage zugegangen. Nunmehr liegt auch eine Zusammenstellung des Finanzpolitischen Ausschusses des Reichswirtschaftsrates über den Geleitenswurf vor. Der Finanzpolitische Ausschuss schlägt eine Reihe von Änderungen an der Regierungsvorlage vor. Abgesehen von einigen Änderungen, die mehr reaktionärer Art sind, betrifft ein Vorschlag die Staffelung der Zwangsanleihe. Während die Regierungsvorlage mit 2 Prozent von den ersten 250 000 Mk. des Vermögens beginnt und dann durchschaltet um je weitere 2 Prozent von den nächsten 250 000 Mk., schlägt der Finanzpolitische Ausschuss folgende Staffelung vor: Von den ersten 100 000 Mk. 1 Prozent, von den nächsten 150 000 Mk. 2 Prozent, von den nächsten 250 000 Mk. 4 Prozent und dann für die nächsten weiteren 250 000 Mk. je weitere 2 Prozent bis, wie die Regierungsvorlage, zu 10 Prozent im Höchstbetrage. Von Bedeutung ist ferner der Vorschlag des Finanzpolitischen Ausschusses, der sich auf die vorgesehene Freigrenze für die Zwangsanleihe bezieht. Während die Regierungsvorlage bestimmt, daß die Freigrenze sich von 100 000 Mk. bei natürlichen Personen, deren Vermögen hauptsächlich das Vermögen im Sinne des § 9 des Vermögenssteuergesetzes und deren Einkommen vorwiegend aus Erträgen aus diesem Vermögen besteht, auf 1 Million Mark erhöht, wenn das steuerpflichtige Einkommen 30 000 Mk. nicht übersteigt, schlägt der Ausschuss vor, die Freigrenze von 100 000 Mk. auf 300 000 Mk. zu erhöhen, und sie auf 1 Million zu erhöhen, wenn das steuerpflichtige Einkommen 50 000 Mk. nicht übersteigt. Diese letztere Vergünstigung soll nur für Personen gelten, die entweder über 60 Jahre alt oder erwerbsunfähig sind, oder dauernd behindert sind, ihren Lebensunterhalt durch eigenen Erwerb zu bestreiten. Ferner ist erwähnenswert, daß während die Regierungsvorlage zur Tilgung der Anleihe 5 Prozent vom Nennwert des ursprünglichen Betrages der Anleihe vorsieht, der Ausschuss vorschlägt, zur Tilgung der Anleihe jährlich 1 Prozent zu verwenden. Ferner schlägt der Ausschuss in Abänderung der Regierungsvorlage vor, für den Fall, daß der Zeichnungspflichtige für die Verzinsung als vorläufiges Vermögen mindestens den vierfachen Betrag des Notopfervermögens angenommen hat, daß eine Abgabe nur dann erhoben werden soll, wenn das endgültige Vermögen mehr als das Sechsfache (Regierungsvorlage mehr als das Dreifache) des Notopfervermögens beträgt, mit der Einschränkung, daß der Zeichnungspflichtige nachweist, daß er bei gemeinsamer Schätzung sein Vermögen auf nicht mehr als das Sechsfache des Notopfervermögens annehmen konnte. Für diesen Fall soll die Abgabe 20 Prozent betragen. Bei mehr als dem Sechsfachen soll sie 40 Prozent, bei mehr als dem Achtfachen 50 Prozent, bei mehr als dem Zehnfachen 60 Prozent und bei mehr als dem Zehnfachen des Notopfervermögens 70 Prozent des Unterliegens des zwischen dem vorausgesetzten und dem endgültig zu rechnenden Zwangsanleihebetrage betragen.

## Das Präsidium der braunschweigischen Landesversammlung.

Braunschweig, 7. Juni. In der heute nachmittag abgehaltenen Sitzung der Landesversammlung wurde die Wahl des Präsidiums vollzogen. Zum Präsidenten wurde gewählt der Abg. Hansen (L. S. P. D.), zum ersten Vizepräsidenten der Abg. Wesel (D. V.), zum zweiten Vizepräsidenten der Abg. Schels (L. S. P. D.) und zum dritten Vizepräsidenten der Abg. Dr. Müller (Bürgerliche Arbeitsgemeinschaft). Dann wurde die Gesetzesvorlage über die Lehrerbesoldung nach längerer Beratung angenommen. (W. Z. B.)

## Frankreich als Urheber der spanischen Valutazuschläge.

Paris, 8. Juni. Der „Temps“ verbreitet sich jetzt über die Gründe, die zu dem spanischen, im wesentlichen gegen Deutschland sich richtenden plötzlichen Valutazuschlägen geführt haben. Aus den Ausführungen des „Temps“ ergibt sich, daß es im wesentlichen Frankreich gewesen ist, das Spanien zu dieser gegen Deutschland gerichteten Maßnahme veranlaßt hat. Der „Temps“ schreibt nämlich, daß diese weiße Maßregel Frankreich einen Teil der Gefahren der deutschen Konkurrenz dem spanischen Markt erspare. Die von Spanien im Laufe der letzten Verhandlungen gemachten Konzeptionen würden jetzt mit einem Male immer interessanter und es sei wahrscheinlich, daß die französische Regierung, diesem neuen Faktor Rechnung tragend, sich noch konstantier zeigen werde. Frankreich hätte von Spanien diese Maßregel nicht offiziell verlangt, obwohl die französischen Delegierten oft im Laufe der Verhandlungen mit dem Spanier das Bedauern darüber ausgedrückt hätten, daß sie solange Diskussionen führen müßten, um diese oder jene Ermäßigung zu erhalten, von der Frankreichs deutsche Konkurrenz einen noch größeren Gewinn haben würde.

W. Z. B. erfährt aus durchaus zuverlässiger Quelle, daß die spanische Regierung beabsichtigt, die wiedererlangten Valutazuschläge auf diejenigen deutschen Waren noch nicht anzuwenden, die nachweislich vor dem 20. Mai verkauft oder fest in Auftrag gegeben worden seien. Daraufbezügliche Gesuche deutscher Firmen müssen mit entsprechenden Beweisaufgaben an die in Deutschland bestehenden Berufskonsulate des betreffenden Bezirks, in dem die deutschen Firmen ihren Wohnsitz haben, einreicht werden.

## Fortsetzung der französisch-spanischen Wirtschaftsverhandlungen.

Paris, 8. Juni. Entsprechend dem vorgestern gefaßten Beschlusse des Ministerrates ist gestern Ministerialdirektor Ferruz, der Unterhändler Frankreichs in den Wirtschaftsverhandlungen mit Spanien, wieder nach Madrid abgereist. Die französische Regierung, schreibt „Journé Industrielle“ hier, scheint auf Grund der letzten Devisen des Volkstasters in Madrid auf eine nahe bevorstehende Einigung über die noch schwebenden Fragen zu hoffen.

## Der Anschluß als Rettung.

Oesterreich unerwartliches Vertrauen zu Deutschland. Wien, 8. Juni. Die „Neue Freie Presse“ veröffentlicht unter dem Eindruck der Valutafaktoren eine Artikel: „Der Anschluß als Rettung“ in dem es u. a. heißt: „Wenn Oesterreich mit seinen ewigen Kreditbüßen wiederum verschlossene Türen findet und wenn man ihm, nachdem man es zugrunde gerichtet hat, den Vornur macht, daß es keine so vorteilhafte Anlage bietet, wie ein gesundes Unternehmen, wenn man die Pflanze weiterhin mit Absicht überläßt, dann muß der Eindruck mit Notwendigkeit vorhalten, daß die Mächte innerlich im klaren darüber sind, daß Oesterreich als selbständige Welt nicht aufrecht erhalten werden kann und daß der Friede von St. Germain genau so unbrauchbar und unhaltbar geworden ist, wie der Friede von Sevres, der heute schon zugunsten der Türken eine Revision erfahren hat. Man kann ein Volk nicht so tief entwürdigen, daß man es finanziell dem Volkswesen verfallen läßt, ohne daß man die stärksten Kräfte des Widerstandes wachruft, den primitiven und ursprünglichen Willen zum Leben, der mächtiger ist als Lebensbindungen.“

Man darf sich nicht wundern, wenn wir dortin unsere Blide richten, wo unsere nationale Heimat ist. Es mag Deutschland schlecht genug ergehen und das Joch mag schmerzhaft auf seinen Schultern lasten, aber es kann Deutschland niemals verlieren: Es wird immer genau Kredit erhalten, um Nahrungsmittel und Rohstoffe einzuführen, und seine Staatskörper und seine Organisation werden immer die Fähigkeit haben, ein gewisses Vertrauen einzuschließen. Das deutsche Geld ist fünfmal besser als das ungarische, und das deutsche Selbstvertrauen, der deutsche Mut und die deutschen Fähigkeiten werden über den Sieg erringen, selbst wenn die Welt voll Teufel wäre. Es muß einmal ein Ende gemacht werden mit der Stümperci in der österröichischen Frage! Man möge und endlich klipp und klar, offen und ehrlich mitteilen, was man mit uns beabsichtigt, und wir werden unsere Schlüsse daraus ziehen als freie Männer und nicht als Sklaven. So wie bisher kann es nicht weitergehen, das muß auch der Berlebendliche begreifen.“

## Das Finanzprogramm der österröichischen Regierung.

Wien, 8. Juni. Der Finanzausschuss nahm heute nach längerer Debatte die Kreditermächtigungsvorlage an. Gemäß des Verlangens des Finanzministers wurde der ursprünglich von der Regierung verlannte Kredit von 874 Milliarden auf 220 Milliarden erhöht. Wegenüber den Einwänden der Sozialdemokraten, daß die Regierung ihr Finanzprogramm noch nicht bekanntgeben könne, erklärte Finanzminister Seaur, daß das Finanzprogramm erst fertiggestellt sei und in aller nächster Zeit dem Parlamente vorgelegt werde. Es sei darauf aufzubauen, daß die Wirtschaft im Budget durch gründliche Erparungen und starke Erhöhungen der Einnahmen sicher zu stellen. (W. Z. B.)

## Vorgehen der britischen Truppen in Irland.

London, 8. Juni. (Reuter.) Ungefähr 3 Bataillone britischer Truppen, unterstützt von Artillerie und Fliegern, begannen heute früh, in drei Abteilungen die Stadt Belfast am Lough-Gruc, die auf dem Gebiete von Ulster liegt und in den letzten Wochen von Irregulären des Irlands eingenommen wurde, zu umzingeln. Nach einer Artilleriebeschichtung nahmen die britischen Truppen erst das Fort oberhalb Belfast und dann die Stadt selbst. (W. Z. B.)

## Ein Kabinett Nitti in Sicht?

(Eigener Drahtbericht der „Dresdn. Nachrichten“.) Rom, 8. Juni. Auf Vorschlag ihres Führers, Don Sturzo, beschloß die Partei der Popolari mit den Sozialisten eine Koalition einzugehen, — falls die sozialdemokratische Partei sich bereit zeige, an der Regierung teilzunehmen. Damit wird für den kommenden Herbst eine ganz neue parlamentarische Lage vorbereitet. Als Vertrauensmann der Koalition gilt Nitti.

ein Lüttelchen am Bestande der Republik geändert haben. Wie man also die Tat mit der Erkläreung der republikanischen Staatsform verknüpfen kann, ist einfach unersichtlich, und es beweist nur, wie erholungsbedürftig der staatsliche Oberbürgermeister begrifflich durch die Aufregung des Unfalls geworden ist, wenn er selbst der Kasseler Bevölkerung vom Ratton des Rathauses aus die Mär vom Attentat auf die Republik verkündet. Das ist eine vollständig falsche Einschätzung der Bedeutung, die Scheidemanns Persönlichkeit im gegenwärtigen Zeitpunkt genießt. Und wenn nun trotz alledem und wirklich im Dinn dessen, der die Tat vollbrachte, solche an Politik anklingende Gedanken als Antrieb mitaeiproden hätten, wenn dieser Kopf in grenzenloser Verwirrung zwischen Scheidemanns Leben und dem Bestand der Republik einen Zusammenhang sich zurechtfinden hätte, dann wäre das an Hand der obigen Gesichtspunkte nur ein Zeichen dafür, daß der Täter reif fürs Irrenhaus ist. Denn seinem politisch denkenden normalen Menschen ohne Rücksicht auf die Parteizugehörigkeit kann man eine solche Ungeheimtheit, eine solche Inkonsequenz der Erwägungen zutrauen. Das weiß auch die gesamte sozialistische Presse nur zu genau.

Wenn sie aber trotzdem mit derlei Verworrenheiten der Essentialität imponieren zu können glaubt, dann gibt sie nur ein Proben von ihrer unter altem Niveau lebenden Einbildung der geistigen Gewandtheit der Massen. Sie meint, nach ihrer alten Methode auch diesmal verfahren zu können, die jedes Verbrechen an einem Sozialisten leichtfertig dem politischen Gegner an die Hochschole hängt. Ob das im einzelnen Falle logisch, ob das möglich, ob das überzeugend ist, bleibt ihr ganz gleichgültig; also ist der Täter ein Rechtsradikaler. In ihres derartigen Kämmerlein werden auch die edelsten Anhänger des Marxismus den Unfuss einer solchen Beweisführung durchschauen. Aber sie sollten dabei auch achten, worauf es ihren Führern in Wirklichkeit ankommt. Es kommt ihnen nicht darauf an, ob Scheidemann das Opfer eines Attentats geworden ist, nicht darauf, wer der Täter ist — sie könnten sich sonst lediglich mit dessen Verleumdung befassen und zu seiner Errettung beitragen —, sondern darauf, Anspalt und das in deutsche Volk zu tragen, vernarbende Wunden aufzureißen und das abtörende Massenlumpenprinzip mit neuem Lebensdol zu beträufeln. Deswegen fallen sie über so bedauerliche Ereignisse, wie den Anschlag auf Scheidemann, mit einer förmlichen Inbrunst her und machen diesen Vudentreich zu einer Haupt- und Staatsaktion, die ihnen dazu dient, die ganze Verworfenheit der Rechtsparteien, der ganzen bürgerlichen Volkshälfte im Zeitungsstil abzurufen und sich selbst als Unschuldslämmer zu glorifizieren. Di. Reichspretse ist es natürlich, die behrt, die die Republik sabotiert, die die Arbeiter verdummen will, wie sie es immer getan hat. Aber nun denke man einmal daran zurück, als der greise Feldmarschall Hindenburg von einem Attentäter bedroht worden war. Gaud sich damals in einem einzigen bürgerlichen Blatte ein solches Gefläss, ein solcher Wortschwall von Schmutz, von Verhöhnungen gegen die Sozialisten aller Schattierungen, wie er sich jetzt beinahe täglich in jeder sozialistischen Zeitung gegen das Bürgertum richtet? Kein Gedanke daran. Man sieht also, wo der Herd der Volksverderbung zu suchen ist. Man sieht, wie die Oberheber im sozialistischen Lager jeden Zwischenfall mit Freuden begrüßen, der ihnen Gelegenheit gibt, über ihre politischen Gegner mit indianischem Geheul herzufallen. Und die Empathie, mit der sie das tun, kann nichts anderes sein und ist letzten Endes nichts anderes, als der Ausbruch der Wut darüber, daß sie und ihre Parteien in den allmählich weniger revolutionär gewordenen Zeiten an Verlust merktlich verloren haben und weiter verlieren werden, wenn sie nicht durch gewalttätige Aufpeitschung und durch Vererbung des Bürgerturns mit allen Mitteln wieder so etwas wie revolutionäre Stimmung zu machen in der Lage sind. Das ist der ganze Kern der groß aufgebauten Scheidemannlieden in der Vorkressse. Eigentlich ist er einfach genug, daß jeder Arbeiter ihn durchschauen und sich mit Verachtung von diesem Treiben abwenden müßte.

## Geheimrat Bücher über „Deutschland in der Weltwirtschaft“.

Die bedrohliche Einfuhr englischer Kohle.

Elberfeld, 8. Juni. In der Mittalbeiterversammlung des Eisen- und Stahlwarenindustrieverbandes sprach Geheimrat Bücher vom Reichsverband der deutschen Industrie über „Deutschland in der Weltwirtschaft“. Er führte dabei u. a. aus: Im Gegensatz zu der finanziellen Machtstellung Amerikas könnten nur die großen Kohlschächte, wie Rußland, ein Gegenwicht herstellen. Der Vertrag von Rapallo könne im Augenblick für Deutschland keine Erleichterung bieten. Die Welt müsse erkennen, daß Deutschland die besten Kenntnisse über Rußland und auch den besten Will habe, es aus seiner Isolation zu befreien. Die internationale Anleihe könne nur dann einen Erfolg haben, wenn die Kabinette Europas gemigungen würden, die Hebermacht der Lasten anzuerkennen. Bei einer Stilllegung des Marktes sei die Krise bis zum äußersten. So könnte lediglich eine Anleihe unsere Volkswirtschaft nicht erhalten, sondern weit mehr kosten und vernichten, als es den Gegnern einbringe. Es werde von uns wesentlich abhängen, wie sich die Dinge gestalten.

Geheimrat Brecht als Vertreter des Reichskommissars für Kohlenverteilung führte u. a. aus, es seien im Mai bereits 700 Tonnens englische Kohle eingeführt worden. Diese Mengen seien spielend mit einer Leberhunde im Bergbau einzubringen. Er sei auf dem Wege nach Essen, um hierüber mit den Bergarbeitern zu verhandeln. Wenn unter den jetzigen Umständen die Bergarbeiter noch nicht heilfahig geworden seien, dann sei ihnen selbst, aber auch der deutschen Wirtschaft nicht zu helfen. — Am Schluß der Tagung wurde eine Entschließung angenommen, in der es heißt: Der Eisen- und Stahlwarenindustriebund, der die gesamte deutsche Eisen- und Stahlwaren-, sowie Werkzeugindustrie umfaßt, lehnt jede Ausfuhrabgabe ab und verlangt ihre sofortige Aufhebung. Die Ausfuhrabgabe gleicht einem Ausfuhrzoll. Sie hemmt die Ausfuhr, an deren Debung Regierung und alle Berufskreise des deutschen Volkes im Interesse der Befundung unseres Wirtschaftslebens das gleiche Interesse haben.

## Verhandlungen mit der Landwirtschaft über die Umlage.

Protovorbereitung für Winderbeitelle. — Aufgabe der Umlage?

Berlin, 8. Juni. Die seit längerer Zeit zwischen dem Reichsernährungsministerium und den landwirtschaftlichen Organisationen über die Frage der Getreidemulage schwebenden Verhandlungen wurden gestern im Ernährungsministerium fortgesetzt. In der gestrigen Sitzung beriet man über den Beschluß des Reichsausschusses der deutschen Landwirtschaft vom 15. Mai, in dem die Landwirtschaft die Gewähr übernimmt, daß sie die zur Sicherung der Brotverforgung erforderlichen Getreidemengen zur Verfügung stellt, wenn die Reichsregierung eine Erklärung abgibt, daß sie bereit ist, eine Verbilligung des Brotpreises für die wirtschaftlich Schwachen durch die Gesamtheit der wirtschaftlich Leistungsfähigen herbeizuführen. In den gestrigen Beratungen wurden noch keine Beschlüsse gefaßt. Heute vormittag begannen im Ernährungsministerium erneut Verhandlungen, an denen ein großer Kreis von Organisationsvertretern teilnahm. Zur Debatte kamen Vorschläge, die darauf hinausliefen, einen Weg zu suchen, um gegebenenfalls ohne das Umlageverfahren auszukommen. Diese Vorschläge wurden zum ersten Male anlässlich des Besuchs des Reichsernährungsministers in München näher erörtert. Im allgemeinen ist die Frage der Getreidemulage im Augenblick noch ungeklärt.







Börsen- und Handelsteil.

Entscheidung des Reichsfinanzhofes.

Zur Schenkungssteuerpflicht eines Schenkungsgegenstandes. Nach § 4 Abs. 2 des Erbschaftsteuergesetzes 1919 tritt bei einem Schenkungsgegenstand die Steuerpflicht erst ein, wenn und soweit es vollzogen wird.

Die Beteiligung an der Reichsanleihe-L.S. mit 226.000 M. und nach den Ausgaben für Mobilität ein Reingewinn von 2.31 (1,3) Millionen Mark verbleibt. Die Beteiligung an der Reichsanleihe-L.S. mit 226.000 M. und nach den Ausgaben für Mobilität ein Reingewinn von 2.31 (1,3) Millionen Mark verbleibt.

Der 4. Verband der Vereine Kreditreform mit vom 17. bis 20. d. M. in Dresden abgehalten und am Sonnabend, den 17. Juni, durch einen Begründungabend im Hotel 'Palmengarten' eingeleitet werden.

Der 7. Kongress Deutscher Handelsvertreter findet vom 11. bis 13. d. M. in Breslau statt. Den Mittelpunkt der tierischen Produktionsfrage wird ein Vortrag bilden, der die produktive Bedeutung des Handelsvertreters in ausführlicher Weise behandeln wird.

Gegen die Ausfuhrabgabe. Auf der Tagung des Öffentlichen Stabes der Industrie- und Handelskammern wurde eine Entscheidung gegen die Ausfuhrabgabe angenommen.

Anrechnung ausländischer Rohlenbezüge auf die Zulassung. Bekanntlich nimmt in letzter Zeit die Einfuhr englischer Kohlen nach Deutschland in erheblichem Maße zu.

Annahme der Goldmark in den Vereinigten Staaten. Die Einfuhr von Gold in die Vereinigten Staaten hat in den letzten Jahren erheblich zugenommen.

Adäquantes Gold zusammengelegt, das in London fast ganz für die Ausfuhr nach den Vereinigten Staaten verkauft wurde.

Weichere Preise auf der Leipziger Güterauktion. Die Leipziger Güterauktion vom 7. Juni zeigte einen sehr guten Verlauf.

Starke Befragung der Rheinberger Juni-Auktion. Am 21. und 22. Juni d. J. hält die Rheinberger Holländer Verbandsauktion auf dem holländischen Fischerhof in Hohenau eine Auktion ab.

Wechselkurs im Freiverkehr am 8. Juni bis abends 6 Uhr. (Mitgeteilt von Gebr. Arnhold in Dresden.)

Leipziger Kurse vom 8. Juni. Allgemeine Deutsche Kredit-Anstalt 245, Leipziger Hypothekendarlehen 144, Sächsische Bank 220.

Tredner Handelsvertreter eingetragen wurde: die Firma G. H. Sauer, Gesellschaft mit beschränkter Haftung mit dem Sitz in Dresden.

Konkurs: Sehtungsinsolventen usw. Sächsische Kaufhäuser: Firma G. H. Sauer, Gesellschaft mit beschränkter Haftung.

Berliner Kurse vom 8. Juni 1922.

Table with multiple columns listing various stock and bond prices, categorized by Deutsche Staats- und Stadtbl., Transportwerte, Brauerei-Aktionen, Industrie-Aktionen, Bank-Aktionen, and Ausländische Aktien.



